

# DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

PRESSEDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

Verantwortlicher Herausgeber: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt am Main, Bettinastraße 64

REDAKTION: FRANKFURT AM MAIN, Bettinastraße 64, Fernruf: 77178/77906 — BONN/RHEIN, Blücherstr. 14 u. Pressehaus IV/56, Fernruf 8527

VERLAG, DRUCK und VERTRIEB: FRANKFURT AM MAIN, Bettinastraße 64

Postcheckkonto: Frankfurt am Main 39967

Bankkonten: Hessische Bank, Frankfurt a. M. Konto Nr. 125739 und Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt a. M. Konto Nr. 36099  
alle unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands, Frankfurt am Main

Veröffentlichungen nur mit Quellenangabe DUD gestattet!

Entschliessung des 1. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Goslar vom 22. 10. 50.

Der erste Parteitag der DDU Deutschlands hat durch die einmütige Wahl des Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter bewiesen, dass die CDU in den 5 Jahren ihres Bestehens in Ost und West, in Nord und Süd, zu einer Einheit zusammengewachsen ist. Uns eint die Überzeugung, dass nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes und Vaterlandes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann. Die einmütige Zustimmung zu der Rede des Kanzlers hat bewiesen, dass die CDU Deutschlands die Politik der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU voll bejaht. Der weisen und vorausschauenden Politik des Kanzlers gehört unser ganzes Vertrauen. Der 1. Parteitag dankt dem Bundeskanzler, den Ministern und der Bundestagsfraktion dafür, dass sie der Idee der CDU einen weithin sichtbaren Ausdruck verliehen haben und dass es ihnen gelungen ist, aus der grossen Spannweite der Ideen und Aufgaben stets in brüderlichem Geist zu einer Einheit ihrer Entschlüsse gefunden haben.

Die Erörterungen des Parteitages haben den Beweis dafür erbracht, dass die CDU in ihrer politischen Grundüberzeugung geschlossen zusammensteht. Auch in den Arbeitskreisen, in denen die verschiedenen Lebensinteressen unseres Volkes nach Ausdruck drängen, trat diese gemeinsame Auffassung überzeugend zutage. Das Ergebnis dieser Arbeitstagungen ist so reichhaltig und umfassend, dass es als Grundlage des zukünftigen Gesamtprogrammes der Partei dienen kann. Es wird zunächst der formenden Hand des Parteivorstandes und des Parteiausschusses anvertraut. Da die Union ihrem Wesen nach nicht zentralistisch gesteuert ist, sondern ihren politischen Willen aus den Kräften der Mitgliedschaft organisch entfaltet, werden die Entwürfe des Vorstandes den Landesverbänden zur Beratung übergeben und zur endgültigen Beschlussfassung dem nächsten Parteitag vorgelegt.

Schon heute geben wir folgende Grundsätze der Öffentlichkeit bekannt:

1. Die CDU Deutschlands bekennt sich zu Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt. Mit dieser gemeinsamen Kraft strebt sie in eine höhere europäische Gemeinschaft hinein und bekennt sich zu den in Europa heute schon lebendigen gemeinsamen Ideen eines christlichen, demokratischen und sozialen Geistes. Sie hofft, dass auf dieser Grundlage

auch die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräfte Europas zu gemeinsamem Wirken zusammenfinden.

2. Die CDU bekennt sich zu dem von Gott gegebenen Recht des Menschen auf seine Heimat und protestiert gegen die Massenvertreibungen deutscher Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten. Sie betrachtet die von den ostzonalen Machthabern abgeschlossenen Verträge von Warschau und Prag als ein Unrecht und Verbrechen am deutschen Volk. Unbeschadet des unverzichtbaren Anspruches auf Rückkehr in die alte Heimat, fordert die CDU, dass die Vertriebenen in die deutsche Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung auf allen Gebieten eingegliedert werden.

Sie erstrebt Gerechtigkeit für alle von der Fürsorge der Gemeinschaft abhängigen Personen und Stände, indem insbesondere Kriegsoffer und Vertriebene, Beamte und alte Berufssoldaten, angemessen versorgt und in die Leistungsgemeinschaft des Volkes aufgenommen werden.

3. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU hat in den vergangenen Jahren unbestreitbare, grosse Erfolge erzielt. Unsere soziale Marktwirtschaft, die den echten Leistungswettbewerb ermöglicht, hat den Lebensstandard unseres Volkes erhöht, die Gütererzeugung verdreifacht und über drei Millionen Arbeitskräfte zusätzlich in den Wirtschaftsprozess eingegliedert.

Die CDU wird auch in Berlin alles daransetzen, dass die Wirtschaftskraft dieser Stadt weiterhin in grösstmöglichem Ausmasse entwickelt und gestärkt wird.

Noch stehen grosse Aufgaben vor uns; wir wollen sie insbesondere durch Leistungssteigerung und durch Koordinierung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu meistern suchen. Noch bestehen soziale Notstände, die überwunden werden müssen. Wir rufen die Wirtschaft - Arbeiter, Unternehmer und Verbraucher - zu verantwortungsbewusster Disziplin und erwarten, dass Unausgeglichenheiten im Preis- und Lohngefüge durch eine Ordnung des Wettbewerbs sowie durch Monopolkontrolle beseitigt und die Arbeitnehmer gleichwertig in das Wirtschaftsleben eingeordnet werden. Je besser die Sozialpartner sich zu verständnisvoller Zusammenarbeit finden, umso weniger wird der Staat eingreifen müssen.

Nach den Grundsätzen des Marshall-Planes, dem wir entscheidende Hilfe verdanken, erstreben wir die Zusammenfügung der Volkswirtschaften der europäischen Länder. Wir hoffen, dass insbesondere die Grundstoffversorgung Europas nach den Absichten des Schumann-Planes gemeinsam geregelt und dass die uns zufallende Aufgabe der Neuordnung der deutschen Grundstoffindustrie im Geiste unserer wirtschafts- und sozialpolitischen Leitsätze gelöst wird.

Der politische Kampf der Gegenwart ist zutiefst ein Ringen der Geister um die sittlichen Grundlagen unseres Gemeinschaftslebens. Es geht um die Bewahrung ~~und~~ der christlich-abendländischen Kultur und um die Rettung der menschlichen Freiheit vor den Gefahren des totalitären Staatszwanges und der kollektivistischen Vermassung.

Darum betrachtet die CDU die Kulturpolitik als einen wesentlichen Bestandteil ihrer gesamten politischen Arbeit. Die Gestaltung der Jugenderziehung in christlichem Geiste ist uns ein vordringliches Anliegen. Im Gegensatz zu Liberalismus und Sozialismus anerkennt die CDU das natürliche Recht der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen und fordert, dass bei der Ordnung des Schulwesens dem Elternwillen Rechnung getragen wird. Angesichts der Zerrissenheit des deutschen Schulwesens ist eine Koordinierung der schulpolitischen Massnahmen der einzelnen Länder im Interesse der deutschen Bildungseinheit dringend notwendig. Die Aufspaltung des deutschen Schulwesens durch sozialistische Schulreformexperimente, die vielfach auch auf eine Unterdrückung der Minderheiten hinauslaufen, wird abgelehnt.

Die CDU fordert als Ziel aller Bildungsarbeit die Erziehung zum deutschen Menschen und guten Europäer auf der Grundlage der Kulturtradition des Abendlandes.